

Magdeburg, 04.03.2022

Pressemitteilung der Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo e.V.) zu den Folgen der russischen Invasion in der Ukraine

Die bundesweite Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo), vertreten durch den Konferenzrat, ist erschüttert und tief betroffen über den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, den Russland unter Präsident Wladimir Putin seit nunmehr einer Woche gegen die Ukraine führt. Wir verurteilen das verbrecherische Vorgehen aufs Schärfste.

Unsere Gedanken und unsere Solidarität gelten insbesondere allen Ukrainerinnen und Ukrainern, die selbst den Horror dieses Krieges erleben oder ihn aus dem Ausland mitansehen müssen. Wir fühlen uns aber auch mit all jenen russische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger verbunden, die trotz massiver Unterdrückung, Verhaftungen und Bedrohung durch die eigene Regierung für den Frieden protestieren und das Handeln der politischen Führung ihres Landes verurteilen.

Wir können nicht absehen, ob und inwiefern wir als Studierendenvertretung den Betroffenen dieses Krieges, insbesondere den ukrainischen Studierenden, helfen können. Dennoch möchten wir an dieser Stelle unsere Bereitschaft erklären, alles uns Mögliche zu tun.

Wir unterstützen die Sanktionen gegen das Regime Putin, die aufgrund der fehlenden Verhandlungsbereitschaft der russischen Regierung notwendig sind, sowie jegliche Unterstützung, die die Ukraine bei Verteidigung ihrer Existenz unterstützt. Wir begrüßen ebenfalls die Aufnahme geflüchteter Menschen in Deutschland wie in allen anderen europäischen Ländern.

Als Vertretung der Psychologiestudierenden in Deutschland weisen wir dabei gleichzeitig auf die gravierenden Konsequenzen für die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen hin, die aus dem schweren traumatischen Ereignis des Krieges entstehen können und nicht unterschätzt werden dürfen. In erster Linie betreffen diese die ukrainische Bevölkerung als Opfer des Krieges. Es ist notwendig, sich auf die humanitäre Hilfe für eine Vielzahl von Flüchtlingen vorzubereiten, deren psychosoziale Versorgung gewährleistet werden muss. Nötige Hilfen müssen schnellstmöglich und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören neben Psychotherapeut*innen auch Dolmetscher*innen. Wir

ersuchen daher insbesondere Psychotherapeut*innen mit ukrainischen und/oder russischen Sprachkenntnissen, ihre Hilfe anzubieten.

Darüber hinaus wird auch in der deutschen Bevölkerung die psychische und finanzielle Belastung vieler Menschen, die bereits durch die Coronapandemie sehr hoch ist, zusätzlich durch die Bedrohung sowie die (wirtschaftlichen) Konsequenzen des Krieges weiter steigen. Die aktuelle psychotherapeutische Versorgungssituation ist dieser Herausforderung nicht gewachsen. Wartezeiten von mehreren Monaten auf eine durch die Krankenkassen finanzierte psychotherapeutische Behandlung sind für Menschen, die durch existenzbedrohende Situationen oder Kriegserfahrungen psychotherapeutische Hilfe benötigen, nicht zumutbar.

Wir fordern daher von den Ministerien für Gesundheit von Bund und Ländern, den Kassenärztlichen Vereinigungen und dem Gemeinsamen Bundesausschuss die psychosoziale und psychotherapeutische Betreuung nicht weiter zu vernachlässigen und durch eine schnelle Überarbeitung der Bedarfsplanung für Psychotherapeut*innen und die Bereitstellung weiterer Mittel für die Behandlung psychischer Erkrankungen die Bedrohung für die psychische Gesundheit weiter Teile der Bevölkerung durch diese neue Krise abzufedern.

gez. Konferenzrat der Psychologie-Fachschaften-Konferenz

Alina Dieminger
SRH Hochschule Heidelberg

Johannes Füßler
SRH Hochschule Heidelberg

Konrad Rothe Papanoni
Universität Hildesheim

Imke Vassil
Universität Hildesheim

Daniel Weinert
Ludwig-Maximilians-Universität
München